

- 1 Gero Neugebauer, „Der Fächer des Bösen – Was wir mit Extremismus alles zu meinen meinen“. Eine kurze Befassung mit Begriffen und Thesen. In: Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti)demokratischen Einstellungen. Fachtagung am 29.1.10 von Weiterdenken in Kooperation mit dem Kulturbüro Sachsen e.V., dem Forum Kritische Rechtsextremismusforschung und dem Referat für Politische Bildung des Studierendenrates der TU Dresden
- 2 vgl. zum Beispiel NPD-blog.info, 27.5.10, „Extremismus“: Wenn Kritiker zum Problem werden“
- 3 Vielleicht muss diese Zahl bald erhöht werden. Vgl. NPD-blog.info, 15.7.10, „Kopfschüsse in Hannover: Ist der Täter ein Neonazi?“
- 4 Bernhard Schmid, zitiert in NPD-blog.info, 27.5.10, „Extremismus“: Wenn Kritiker zum Problem werden“
- 5 Oliver Decker und Elmar Brähler, 2008, Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer
- 6 Grit Hanneforth, Michael Nattke und Stefan Schönfelder, Einführung. In: Gibt es Extremismus? a.a.O.
- 7 Miro Jennerjahn, „Der Fächer des Bösen“. Anmerkungen aus politischer Perspektive. In: Gibt es Extremismus? a.a.O.
- 8 Spiegel Online, 7.1.10, „Sechs Probleme für den Jungstar“
- 9 Siehe z.B. Mut gegen rechte Gewalt, 17.6.10, „Licht im Dunkeln?“
- 10 Coburger Tageblatt, 24.6.10
- 11 Süddeutsche Zeitung, 31.3.10
- 12 Weißenburger Tagblatt, 7./8.2.09
- 13 Pressemitteilung des Polizeipräsidiums Mittelfranken vom 1.5.10, „Schlägerei in U-Bahn, Tatverdächtiger in Haft“
- 14 Nürnberger Nachrichten, 12.2.09
- 15 tz München, 6.11.09, „Ermittler jagen Nazi-Gegner“
- 16 Verfassungsschutzbericht Bayern 2009
- 17 Bayerisches Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, beschlossen vom Ministerrat am 12. Januar 2009, S. 6
- 18 Cura Opferfonds rechte Gewalt
- 19 Endstation Rechts, 7.6.10, „Prof. Dr. Christoph Butterwegge: Links- und Rechtsextremismus als Zwillingbrüder? Zum Paradigma- und Strategiewechsel der Bundesregierung“

nordbayerische BÜNDNISSE gegen Rechts



Die Extremismusdebatte – Was ist extrem?

Die nordbayerischen Bündnisse gegen Rechts kritisieren die durch Regierungsstellen betriebene Ausgrenzung aktiver AntifaschistInnen und verwahren sich gegen die Verharmlosung neonazistischer Bewegungen.

nordbayerische
BÜNDNISSE
gegen Rechts

Nordbayerische Bündnisse gegen Rechts
c/o Bamberger Bündnis gegen Rechtsextremismus
Herrn Werner Schnabel
Herzog-Max-Str. 44, 96047 Bamberg

ViSdP: Günter Pierdzig, Kunigundendamm 55, 96050 Bamberg

Verstärkt dringt, unter anderem durch die Debatte über die Zukunft der staatlichen Programme gegen „Rechtsextremismus“, eine Auseinandersetzung auch nach Bayern, die, teilweise unter anderem Namen, schon seit Jahrzehnten geführt wird: Die *„Extremismusdebatte“*. Kern dieser Debatte ist die Annahme, es gäbe in unserer Gesellschaft eine stabile *„demokratische Mitte“*, an deren „linken“ und „rechten“ Rändern sich gefährliche „ExtremistInnen“ tummeln, die es staatlicherseits durch Repression oder pädagogische Programme einzudämmen gälte. Sowohl die „demokratische Mitte“ als auch die „linken“ und „rechten“ Ränder stellen jedoch nichtssagende Worthülsen dar, die in Abhängigkeit vom eigenen politischen Standpunkt beliebig gefüllt werden. Bekannteste universitäre Vertreter der Extremismustheorie in Deutschland sind Uwe Backes und Eckhard Jesse.



Sozialwissenschaftliche Studien, die diese Argumentation als wissenschaftlich nicht haltbar kritisieren, werden derzeit auf dem politischen Parkett ignoriert, obwohl „die sozialwissenschaftliche Forschung über politischen Extremismus (...) sich ganz wesentlich auf den Rechtsextremismus (konzentriert)“.¹ Völlig ausgeblendet wird seitens der Extremismustheorie die Vielfältigkeit linker Strömungen, die man nicht in ein einfaches Schema pressen kann.² Nicht zuletzt sind Qualität und

Quantität linker und rechter Gewalt in der Bundesrepublik nicht einmal im Ansatz gleichzusetzen. So sind im Zeitraum zwischen 1990 und heute 149 Tote durch neonazistische oder rassistisch motivierte Gewalttaten zu verzeichnen.³ Im Gegensatz zu linken Aktivitäten sind bei Neonazis und extrem Rechten von vornherein keinerlei Ansätze zugunsten allgemeiner menschlicher Emanzipation vorhanden. *„Deren grundsätzliches Anliegen besteht darin, vermeintlich »natürliche« Hierarchien und Ungleichheiten ideologisch zu begründen und zu legitimieren, in der Gesellschaft vorhandene Ressentiments zu mobilisieren und diesen systematische Gestalt zu geben. Ein eigenständiger Kampf gegen diese jeglichem Emanzipationsstreben entgegenwirkenden Tendenzen ist deshalb notwendig und legitim.“*⁴

Wer bestimmt die „Demokratische Mitte“?

Auch die „Demokratische Mitte“ ist keinesfalls das, was sie in der schematischen Denkweise in der Tradition der Extremismustheorie zu sein scheint. Die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung 2008 von der Universität Leipzig erstellte Studie *„Bewegung in der Mitte – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008“* betont, dass „Rechtsextremismus“, anders als der Begriff suggeriere, kein Phänomen der Ränder der Gesellschaft sei, sondern „ein politisches Problem in der

Mitte der Gesellschaft“ und zum Teil erschreckend massiv ausgeprägt sei. Bei allen Forschungsskalen erreichte Bayern hohe Werte, was erklärt, weshalb diese Studie bei der bayerischen Regierung sehr unbeliebt ist: Beim Chauvinismus (übersteigter Nationalstolz) erreichte Bayern einen bundesweiten Spitzenwert von 30,4%, ebenso beim Antisemitismus mit 16,6%. Im Bereich Ausländerfeindlichkeit (39,1%) wurde Bayern knapp von Sachsen-Anhalt (39,3%) getoppt. Bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus bildeten die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein die Spitzengruppe.⁵ Noch ist die organisierte Neonaziszene jedoch nicht in der Lage, dieses Potential abzuschöpfen. Die Problematik extremer Positionen in der „Mitte“ wird in der Extremismustheorie weitgehend ausgeblendet und damit unterschätzt. „Der theoretische Ansatz von Extremismus als Randerscheinung der Gesellschaft verdeckt damit die erschreckend weite Verbreitung von antidemokratischen Einstellungen und ideologischen Versatzstücken in der deutschen Gesellschaft.“⁶ Und nicht zuletzt: *„Dass eine Demokratie auch von einer politischen Mehrheit (...) bedroht sein kann, ohne dass ein grundlegender Systemsturz bevorsteht, kommt in dieser Logik nicht vor.“*⁷ Dabei ist gerade der Untergang der Weimarer Demokratie – die nicht von „Extremisten“ gestürzt wurde, sondern durch einen Mangel an Demokraten bei den Reichstagswahlen sowie die Koalition der Konservativen mit den Nationalsozialisten fiel – ein Musterbeispiel für einen derartigen Vorgang.

Folgen der Extremismus-Ideologie: Unterschätzung der neonazistischen und extrem rechten Gefahr

Dass diese Debatte nicht nur theoretisch relevant ist, zeigen zahlreiche Vorgänge und Äußerungen im politischen Raum. Der nach den blutigen neonazistischen Morden und Hetzjagden gegen MigrantInnen in Deutschland Anfang der 90er Jahre vorhandene Konsens, neonazistische Strömungen gemeinsam über Partei- und Strömungsgrenzen hinweg zu bekämpfen und auszugrenzen, scheint einer Bekämpfung des „Extremismus“ zu weichen, wobei die sogenannten „Extremisten“ in einen Topf geworfen und gemeinsam bekämpft werden sollen. Damit verbunden ist meist eine oberflächliche Gleichsetzung von „Linksextremismus“ und „Rechtsextremismus“ sowie eine Reduktion der neonazistischen und extrem rechten Gefahr auf eindeutig politisch organisierte neonazistische Gruppierungen und deren Gewalttätigkeit. Die rassistischen und antidemokratischen Tendenzen im „Herz der Gesellschaft“ werden außer acht gelassen. Einige aktuelle Beispiele:



- Familienministerin Schröder (CDU) *„will gern den Rechtsextremismus auf einer Stufe mit Linksextremismus sehen und dementsprechend das Budget für Präventiv- und Aussteigerprogramme des Bundes aufteilen“*.⁸ Inwieweit in diesem Zusammenhang die Programme gegen

Neonazismus finanziell gekürzt bzw. über das jetzige Maß hinaus inhaltlich und bürokratisch erschwert werden, ist noch nicht abzusehen.⁹

- Dass diese vereinfachende Sichtweise nicht nur von AnhängerInnen und VertreterInnen der Parteien der schwarz-gelben Bundesregierung öffentlich vertreten wird, zeigt folgendes Beispiel: In Coburg sprach sich der dortige Oberbürgermeister Norbert Kastner (SPD) in einer Diskussion um einen örtlichen Runden Tisch gegen Neonazis im Juni 2010 „gegen politischen Extremismus. (...) , auch gegen den von links“ aus.¹⁰ Dabei hatte die Bayern-SPD erst im Mai 2010 in einer ungewöhnlich deutlichen Stellungnahme die Gleichsetzung von „rechts“ und „links“ und die in Bayern weit verbreitete Tendenz, neonazistische Übergriffe als „Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremen“ darzustellen, scharf kritisiert.
- Der bayerische Innenminister Herrmann (CSU) stellte Ende März 2010 den jährlichen Bericht des Verfassungsschutzes Bayern vor. Herrmann betonte, „dass Bayern seit Jahren zu den Ländern in der Bundesrepublik gehört, die am wenigsten mit rechtsextremistischer Gewalt belastet sind.“ SzenekennerInnen fallen bei der Lektüre Auslassungen weiter Teile der extrem rechten Szene auf (Teile der Burschenschaften, sog. „Pro-Spektrum“ (anti-islamische Bewegungen der rechten Szene), antisemitische EsoterikerInnen, so genannte „Reichsbürger“ usw.). Farbige Kurvenverläufe im Verfassungsschutzbericht 2009 suggerieren die zunehmende Mitgliederzahl von „Linksextremisten“ und „Islamisten“, während die entsprechenden Kurven der „Rechtsextremisten“ nach unten verlaufen. Sogar liberale Blätter wie die in München erscheinende Süddeutsche Zeitung übernahmen die Diktion des Verfassungsschutzes und titelten: „Immer mehr linksextreme Gewalt in Bayern“. Der systematische Fehler in dieser Darstellung eines starken Rückgangs der „Rechtsextremisten“ in Bayern seit 2006 liegt maßgeblich darin, „dass bis dahin die Republikaner als rechtsextremistisch eingestuft wurden.“¹¹ 2006 revidierte der bayerische Verfassungsschutz seine frühere Einschätzung und betrachtet die Republikaner seitdem nicht mehr als verfassungsfeindlich.
- Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass offensichtliche Fälle neonazistischer und rassistischer Gewalt nicht an die entsprechenden Behörden gemeldet werden und damit für die öffentliche Debatte unsichtbar bleiben. So wurde im Mai 2007 auf dem Hof einer Treuchtlinger Schule ein türkischer Schüler gezielt provoziert und mit einem Schlagstock verprügelt. Der Täter, ein Jugendlicher mit offen rassistischer Gesinnung, floh erst, als sich eine Menschenmenge bildete und beleidigte sein Opfer noch mit ausländerfeindlichen Parolen. Der Staatsschutz wurde seitens der zuständigen Polizeibehörde zunächst nicht informiert. Somit gelangte der Fall – wie auch ein ähnlich gelagerter Fall im selben Landkreis – nicht in den Verfassungsschutzbericht 2007. In einem Kommentar des Weißenburger Tagblatts wurde daraufhin eine „Kultur der Verharmlosung“ rechter Gewalt in Bayern angeprangert.¹²
- Ein weiterer bezeichnender Fall: Nachdem ein 17-Jähriger am 28.4.10 im U-Bahn-Bereich des Nürnberger Plärrer von einem bekannten Fürther Neonazi fast totgeschlagen worden war, meldete das Polizeipräsidium Mittelfranken in seiner Pressemitteilung Nr. 782 unter anderem:

„Es liegen Erkenntnisse vor, dass sich der 17-Jährige [Anm.: das Opfer] in der linksextremistischen Szene aufhält. Der 24-Jährige [Anm.: der Täter] kann nach polizeilichen Erkenntnissen der rechtsextremistischen Szene zugeordnet werden.“ Somit wurde der Fast-Totschlag sofort in ein „Rechts-gegen-Links“-Schema gepresst, wozu auch folgende Beschreibung in der Pressemitteilung passt: „Der Auseinandersetzung in der U-Bahn soll angeblich eine Beleidigung und eine Bedrohung des 17-Jährigen gegenüber der Begleiterin (21) des 24-Jährigen vorausgegangen sein. Der 24-Jährige reagierte darauf mit einem Faustschlag.“ Das 17-Jährige Opfer, so wird suggeriert, habe den Konflikt verursacht und sei ebenfalls Täter gewesen.¹³

Folge der Extremismus-Ideologie: Fortgesetzte Diffamierung antifaschistischer Einrichtungen und Organisationen

Am deutlichsten drückt sich ein so aufgeladenes politisches Klima im Umgang mit aktiven Nazi-GegnerInnen aus.

Polizeibehörden sprechen bei Demonstrationen gegen Neonaziaufmärsche in Bayern regelmäßig von einer „Rechts-Links-Lage“, was nicht ohne Folge für das polizeiliche Vorgehen bleibt. NazigegnerInnen konnten jedenfalls in den letzten Jahren nicht nur in Gräfenberg wiederholt beobachten, dass „die Polizei hart gegen Demokraten, aber «mit angezogener Handbremse» gegen Neonazis vorgeht“.¹⁴ Bekanntestes Beispiel in den letzten Jahren ist der Umgang der Polizei mit den TeilnehmerInnen einer völlig friedlichen Sitzblockade auf der Route eines äußerst provokanten Neonaziaufmarsches. So wurden Fotos von „Verdächtigen“ aus dem Teilnehmerkreis der demokratischen Gegenkundgebung in Gräfenberger Kneipen herumgereicht. Völlig willkürlich erhielten ca. 80 Personen aus Gräfenberg, Nürnberg und der Region polizeiliche Vorladungen und teilweise die Aufforderung, sich erkennungsdienstlich behandeln zu lassen. Der polizeiliche und staatsanwaltliche Ermittlungseifer gegen Menschen, die ihre demokratische Pflicht taten, wurde nach einer breiten Solidaritätskampagne zumindest teilweise gerichtlich ausgebremst.¹⁵



Die seit Monaten betriebene Diffamierung der „Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V.“ (a.i.d.a.) wird auch im neuen bayerischen Verfassungsschutzbericht fortgesetzt und mit der VVN – BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen) werden sogar ZeitzeugInnen und Überlebende des historischen Nationalsozialismus diffamiert: „Öffentliche Zeitzeugenauftritte von früheren KZ-Häftlingen sollen der Organisation darüber hinaus einen demokratischen Anstrich verleihen“.¹⁶

Die angemäÙte Deutungshoheit: Links vor Rechts?

Dies bedeutet zusammenfassend: In Bayern werden alle „Extremisten“ gleichermaßen bekämpft. Wer und was jedoch „extremistisch“ ist, definieren Innenministerium und Verfassungsschutz. Eine gesellschaftliche Debatte über diese Definition findet kaum statt. Nach bayerischer Logik ist „Rechtsextremismus“ eine gefährliche Sphäre ganz am Rande der Gesellschaft und verdient zwar Aufmerksamkeit, aber keineswegs in besonderem Maße. Der „Linksextremismus“ dagegen werde allgemein unterschätzt und müsse als mindestens genauso gefährlich wie der „Rechtsextremismus“ angesehen werden. Damit wird indirekt suggeriert, das allerorten starke Engagement demokratischer BürgerInnen „gegen Rechts“ sei einseitig und müsse durch anders geartete Zielrichtungen („gegen Extremismus“) ersetzt werden. In ein ähnliches Horn bläst auch das bayerische staatliche „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“, wenn darin gesagt wird: „Das konsequente Eintreten gegen Extremismus aller Art hat in Bayern eine lange Tradition. Schon immer hat sich Bayern mit aller Entschiedenheit gegen extremistische Bedrohungen von rechts und links gewandt“.¹⁷

Unabhängig davon ist es auch im Jahr 2010 grober Unfug, links und rechts gleichzusetzen, wie es die Extremismustheorie und deren politische AnhängerInnen tun. Diese Gleichsetzung führt in historischer Perspektive zu einer Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus. Und



sie diffamiert darüber hinaus den antifaschistischen Widerstand zahlreicher Linker aus der Zeit des historischen Nationalsozialismus. Auch bei der Betrachtung der vergangenen Jahrzehnte führt diese Gleichsetzung in die Irre. Verharmlost werden dabei u.a. der blutigste Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik - das rechtsterroristische Oktoberfestattentat 1980 (13 Tote, 211 teils Schwerverletzte), die blutigen Pogrome gegen Flüchtlinge und MigrantInnen Anfang der 1990er Jahre sowie bisher 149 Tote durch neonazistische und rassistische Gewalt in den letzten 20 Jahren.¹⁸

„Nichts hat den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt bisher mehr behindert als die reflexartige Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus in der Weimarer Republik, Hitlerfaschismus und Stalinismus im Kalten Krieg sowie Rechts- und Linksextremismus bzw. -populismus oder Fundamentalismen aller Art heute.“¹⁹ (Christoph Butterwegge)

Die nordbayerischen Bündnisse gegen Rechts können sich dieser Aussage nur anschließen.

Aus alldem folgt für uns:

- Wir werden auch in Zukunft gegen die Gleichsetzung von „links“ und „rechts“ und ähnliche Gleichsetzungen aus der Extremismustheorie protestieren.
- Wir können uns bei der Beobachtung und Einschätzung der neonazistischen und rechten Szene auch in Zukunft nicht auf die Beobachtungen und Einschätzungen staatlicher Behörden verlassen.
- Wir müssen auch in Zukunft versuchen, neonazistische Aufmärsche zu verhindern. Beim Widerstand gegen neonazistische Aktivitäten verlassen wir uns in erster Linie auf zivilgesellschaftliche Aktivitäten und können nicht auf staatliche Unterstützung zählen.
- Wir halten ein Verbot der NPD und – aus aktuellem Anlass des Fast-Totschlags in Nürnberg – des Kameradschafts-Zusammenschlusses „Freies Netz Süd“ für unerlässlich und fordern die politisch Verantwortlichen auf, einen ernsthaften Verbotsantrag auf den Weg zu bringen.
- Wir achten darauf, wer von staatlichen Fördergeldern „gegen Extremismus“ profitiert und verurteilen Kürzungen der Programme gegen neonazistische Aktivitäten.
- Wir kritisieren den zunehmenden Einstieg des Verfassungsschutzes in die Bildungsarbeit gegen Rechts. Ein staatlicher Geheimdienst hat in diesem Bereich nichts zu suchen!